

Erklärung

der Abgeordneten der Freien Deutschen Jugend in der
Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Zur gleichen Zeit, da in dem von den Westmächten okkupierten Teil unseres deutschen Vaterlandes faschistische Kriegsverbrecher wie Flick, Darre, Ter Meer, Dietrich, Lehmann, Rasche und andere auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht in Freiheit gesetzt werden, verschärft die Bonner Kolonialverwaltung ihren Terror gegen alle Menschen in Westdeutschland, denen der Frieden, das Glück unserer Heimat und der Wohlstand unseres Volkes teuer sind. Dies findet seinen sichtbaren Ausdruck in dem Verbot des Treffens der 100 000 jungen Friedenskämpfer in Dortmund, in den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen, die das Adenauer-Regime zur Verhinderung des Treffens der friedliebenden Jugend Westdeutschlands durchführt. Kriegsverbrecher, deren Namen untrennbar verbunden sind mit dem unermeßlichen Leid, das sie über die Völker Europas und über das deutsche Volk und seine Jugend brachten, werden in Freiheit gesetzt, um ihr schändliches Handwerk im Interesse der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Helfershelfer fortsetzen zu können. Junge Deutsche aber, die es ablehnen, für die Herren der Wallstreet Waffen zu tragen, die ihre ganze Kraft einsetzen, um den Frieden zu sichern, läßt die Adenauer- und Schumacher-Clique im Auftrage ihrer Herren verfolgen und der Freiheit berauben.

Statt der Jugend im Westen unseres Vaterlandes neue Schulen, Jugendherbergen und Heime zu geben, halten die Bonner Quislinge Gefängniszellen für sie bereit, über 300 junge deutsche Patrioten haben die Feinde unseres Volkes augenblicklich in die Kerker geworfen. Statt der Jugend im Westen unseres Vaterlandes durch die Einrichtung von Lehrwerkstätten Berufsausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, ihr Arbeit, Aufstieg und eine friedliche Zukunft zu sichern, sehen die Adenauer, Schumacher und Konsorten ihren ganzen Ehrgeiz darin, die junge Generation an die kriegslüsternden Imperialisten zu verschachern, sie auf dem Weg über Arbeitsdienst und Söldnerheer in ein neues Massengrab zu führen.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erhebt im Namen des deutschen Volkes entschieden ihre Stimme gegen das verbrecherische Vorhaben, die deutsche Jugend fremden Interessen zu opfern.

Die Provisorische Volkskammer erhebt leidenschaftlichen Protest gegen die Freilassung der faschistischen Kriegsverbrecher, gegen das Verbot des Treffens der 100 000 jungen Friedenskämpfer in Dortmund und die Terrormaßnahmen zur Unterdrückung des Friedenswillens der Jugend in Westdeutschland.

Die Provisorische Volkskammer begrüßt als berufene Vertretung der Interessen des ganzen deutschen Volkes die Initiative der friedliebenden Jugend in Westdeutschland und erklärt sich mit ihr solidarisch. Sie sichert den jungen Friedenskämpfern in Westdeutschland die volle Unterstützung im Kampf für den Frieden, die demokratische und nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu und ist davon überzeugt, daß der Kampf der friedliebenden Jugend, unterstützt von allen Friedenskräften unseres Volkes und der ganzen Welt mit der großen Sowjetunion an der Spitze zum Siege führen wird. Für

die Jugend im Westen Deutschlands wird dieser Sieg der Tag sein, wo auch sie in einem freien, demokratischen Vaterland lernen, arbeiten und glücklich leben kann.

Im Auftrage der Abgeordneten der Freien Deutschen Jugend in der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

gez.: Erich H o n e c k e r

Dehandelt: 19. Sitzung (6. September 1950)

Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 136

Gemeinsame Erklärung

aller Fraktionen der Provisorischen Volkskammer zum Patentgesetz für die Deutsche Demokratische Republik.

Die Provisorische Volkskammer begrüßt in dem vorliegenden Entwurf zu einem neuen Patentgesetz ein wertvolles Instrument, die Erfindertätigkeit in der DDR zu fördern.

Mit dem Aufbau der volkseigenen Industrie entwickelte sich in den Betrieben das Verbesserungs-, Vorschlags- und Erfindungswesen. Es wurde der Erfahrungsaustausch von Betrieb zu Betrieb organisiert. Die Aufgabe bestand im Anfang darin, jede Anregung zum Aufbau unserer Wirtschaft dieser so schnell wie möglich zuzuführen, um sie ihr nutzbar zu machen. Aus den Erfahrungen dieser Entwicklung ergab sich die Notwendigkeit, die Rechte der Urheber dieser Anregungen zu wahren, zu sichern und ihnen eine angemessene Vergütung zu gewähren.

Während die Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens vom 15. September 1948 nur eine Registrierung der Patente im Büro für Erfindungswesen zur Sicherung der Priorität vorsah, schafft das neue Patentgesetz eine Prüfung der Patentanmeldungen nicht nur auf Wirtschaftlichkeit und Nutzungsmöglichkeit, sondern auf Patentfähigkeit, und gibt damit den Erfindern ein Anrecht auf Patenterteilung. Der vorliegende Patentgesetz-Entwurf ist also aus den Erfahrungen der gesamten werktätigen Bevölkerung hervorgegangen. Er ist organisch aus Erfahrungen und enger Zusammenarbeit zwischen Aktivisten und technischer Intelligenz mit Unterstützung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erwachsen.

Hier sei an die Auswüchse des früheren Einspruchverfahrens der kapitalistischen Patentgesetzgebung erinnert. Die Patenterteilung wurde durch künstlich inszenierte Einsprüche im Interesse der großen Konzerne bewußt verzögert, um den Erfinder um die Früchte seiner Arbeit zu bringen. Die üblen Methoden, deren man sich dabei bediente, sind hinreichend bekannt. Die Fälle, daß Erfinder durch Mangel an Geldmitteln von der Weiterverfolgung ihrer Patentanmeldung Abstand nehmen mußten oder verarmt darüber hinwegstarben, sind nicht zu zählen. In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird zwar auf eine öffentliche Auslegung vor der Erteilung des Patentes verzichtet, jedoch bedeutet das nicht, daß zu den Patenten keine Stellung genommen werden kann. Es ist vielmehr jederzeit möglich, bei den Spruchstellen eine Berichtigung des Patentes zu erreichen, auf Mängel hinzuweisen oder gegebenenfalls die Nichtigkeitserklärung eines Patentes durchzusetzen. In den kapitalistischen Staaten hat sich auf dem Gebiete des Patentwesens ein Gangstertum herausgebildet, das mit allen Mitteln den technischen Fortschritt im Interesse der Erhaltung des Friedens lähmt und nur darauf bedacht ist, den Profitinteressen der Monopolisten zu dienen. Nur